

77.231.5 AM/am

19. Dezember 1989

**BERICHT****Informelles Ministertreffen zwischen der EG und ihren  
Mitgliedstaaten und den Ländern der EFTA**

Am 19. Dezember 1989 trafen sich die Minister der EG, der EFTA-Staaten sowie EGK-Vize-Präsident ANDRIESEN zu einem informellen Ministertreffen in Brüssel. EG-seits hatte der französische Aussenminister DUMAS, EFTA-seits der isländische Aussenminister HANNIBALSON den Vorsitz inne. Die Schweiz wurde vertreten durch den Bundespräsidenten, Bundesrat J.-P. DELAMURAZ, Chef des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes sowie durch Bundesrat R. FELBER, Chef des Eidg. Departementes für auswärtige Angelegenheiten (Schweiz. Delegation: Beilage 1).

Zweck des Treffens war eine gemeinsame *politische Beurteilung der Resultate des Oslo/Brüsseler-Prozesses*, welche zu einer Entscheidung zum Eintreten in formelle Verhandlungen im Jahr 1990 über einen EWR-Vertrag führen sollte.

Anlässlich des Treffens wurde eine *gemeinsame Erklärung angenommen* (französische Originalfassung: Beilage 2; inoffizielle deutsche Übersetzung: Beilage 3).

Die Minister unterschrieben schliesslich zwei - im Rahmen des Luxemburger-Prozesses - ausgehandelte Verträge:

- (a) COMETT II;
- (b) Informationsaustauschverfahren im Bereich der technischen Vorschriften.

[1]



## 1. GESAMTBEURTEILUNG

Das Ergebnis dieses wichtigen Treffens kann als *sehr positiv* taxiert werden. Es konnte - sowohl auf EG- wie auch auf EFTA-Seite - der *klare politische Wille*, eine qualitativ neue Phase der EG-EFTA Zusammenarbeit zu eröffnen sowie die *EWR-Verhandlungen baldmöglichst zu eröffnen und speditiv voranzutreiben*, festgestellt werden. Weder ein Datum für die formelle Eröffnung noch für deren Abschluss wurde vereinbart - obschon man sich allerseits für einen *speditiven Rhythmus* aussprach. Eine neue EG-EFTA Ministerkonferenz wurde für nächstes Jahr anberaumt - das Datum wurde aber nicht festgelegt.

Dieser *erneute Wille* muss vor dem Hintergrund der Erneuerungsbewegungen in Osteuropa gesehen werden. Angesichts dieser neuen Dynamik führt der Weg zur Stärkung Westeuropas nicht nur über eine Festigung der EG-internen Strukturen sondern auch über eine rasche Neugestaltung der Beziehungen zwischen der EG und ihren privilegierten Handelspartnern in Westeuropa.

Die Minister nahmen eine gemeinsame Erklärung an. Dieser, in harten Verhandlungen zwischen dem EG- und EFTA-Vorsitz ausgehandelte Text *entspricht den schweizerischen Anliegen nicht in allen Punkten*. Die EG beharrte insbesondere erfolgreich auf der Festhaltung ihres Anspruches auf volle Entscheidungsautonomie, wobei der Zusatz "throughout the process" weggefallen ist. Demgegenüber konnte die EFTA ihren Wunsch nach echter Mitbestimmung in EWR-relevanten Bereichen nicht ausdrücklich im Text nur in einer unbefriedigenden Formulierung verankern. Immerhin wird ausdrücklich auf das gemeinsame Papier vom 20. Oktober 1989 Bezug genommen.

Die Erklärungen des EG-Vorsitzes sowie der einzelnen EG-Mitgliedstaaten korrigierten dann aber gewisse Schwächen des Textes. Man darf (und muss) davon ausgehen, dass die *im gemeinsamen Dokument des HLSG vom 20. Oktober 1989 festgehaltenen Schlussfolgerungen weiterhin den Ausgangspunkt für die Verhandlungen über einen EWR-Vertrag darstellen*.

[2]

Einzelne EFTA-Staaten legten grössten Wert darauf, den Prozess ohne Verlust an Dynamik im Hinblick auf möglichst frühe Verhandlungen (im ersten Trimester 1990) fortzusetzen. Ihre Vorstellungen über "gemeinsame Entscheidungs- und Verwaltungsorgane" waren denn auch entsprechend wenig ambitiös.

Bundespräsident J.-P. DELAMURAZ unterstrich in seiner sehr beachteten Intervention (Ballage 4) folgende Punkte:

- (a) *positive Haltung* der Schweiz gegenüber dem neuen Prozess;
- (b) Wille der Schweiz, *vollwertiger Partner* im Prozess - ohne vorprogrammierte Satellisierung - zu sein;
- (c) Feststellung einer *Konvergenz über den Inhalt* des EWR-Vertrages;
- (d) Anspruch auf *echte Mitbestimmung in EWR-Bereichen* unter Wahrung der internen Entscheidungsautonomie der Vertragsparteien.

Als einziger EFTA-Sprecher hinterfragte BP DELAMURAZ den schillernden Begriff der "Entscheidungsautonomie", den beide Seiten angeblich wahren wollen. Entweder bedeute dies etwas Selbstverständliches, die gegenseitige Nicht-einmischung in interne Angelegenheiten, oder aber die Negation des Grundsatzes "*pacta sunt servanda*", den Willen, im EWR-Rahmen bestehende völkerrechtliche Verpflichtungen jederzeit, unter Hinweis auf EG-interne Beschlüsse, beiseite zu schieben und die EFTA-Länder vor vollendete Tatsachen zu stellen.

## 2. EINLEITENDE STELLUNGNAHMEN DER BEIDEN VORSITZE

Als Vorsitzender des EG-Rates würdigte der französische *Aussenminister DUMAS* die beachtlichen Fortschritte in der gemeinsamen Exploration der Machbarkeit eines EWR-Vertrages. Die Zielsetzungen eines solchen Vertrages könnten heute klar umrissen werden. Inhaltlich müsse in EWR-Vertrag weitmöglichst der einschlägige Besitzstand der

EG festgehalten werden. Flankierende Politiken sollten ebenfalls darin verankert werden, wobei sogar eine über den Kompetenzbereich der EG hinaus reichende Zusammenarbeit in Betracht gezogen werden könne. Als drittes wichtiges Ziel nannte DUMAS die Minderung der EG-internen wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede (lies EFTA-Beitrag zur EG-internen Kohäsion). Im institutionellen Bereich unterstrich er einerseits die Notwendigkeit eines Konsenses bei EWR-relevanten Entscheiden, andererseits den EG-Anspruch auf ihre interne Autonomie. Deshalb sollten flexible gemeinsame Institutionen geschaffen werden.

DUMAS stellte die EFTA als wichtigen Pfeiler eines demokratischen Europa dar, forderte aber von den EFTA-Staaten nicht, dass sie sich zu einem Pfeiler zusammenschliessen.

Eine besondere Erwähnung galt schliesslich dem Luxemburger-Prozess, in dessen Rahmen am gleichen Tag weitere zwei Verträge abgeschlossen werden konnten.

EKG-Vizepräsident ANDRIESSEN bekräftigte die Bereitschaft, ein politisches Zeichen zur Eröffnung von EWR-Verhandlungen im ersten Semester 1990 zu setzen. Bei der Skizzierung des möglichen Inhalts eines EWR-Vertrages hielt er sich insgesamt an den Wortlaut der gemeinsamen Schlussfolgerungen vom 20. Oktober. Bei den institutionellen Fragen sah er Notwendigkeit für weitere Abklärungen. Festzuhalten ist hier seine Forderung an die EFTA-Staaten nach einem Kohäsionsbeitrag, sowie seine klare Einschränkung des gemeinsamen Entscheidungsprozesses auf eine gegenseitige osmotische Information und Konsultation (decision shaping).

Als Vorsitzender des EFTA-Rates umschrieb der isländische Aussenminister HANNIBALSON die in Genf vereinbarte Haltung der EFTA-Staaten (Beilage 5).

## 2. MINISTERIELLE AUSSERUNGEN

### 2.1. Haltung der einzelnen EFTA-Staaten

Als erstes Land ergriff Österreich (AM MOCK) das Wort (Beilage 5), um sein Anliegen nach einer vollen Beteiligung an der europäischen Integration, welche bei einer vollen Verwirklichung der vier Freiheiten sowie der flankierenden Politiken beginnt. Aus diesem Grunde sollte die gemeinsame EG-Agrarpolitik, die Zollunion, der EGKS-Bereich in einem allfälligen EWR miteinbezogen werden. Sein besonderes Augenmerk galt auch dem Europa der Bürger, d.h. dem Ziel einer unbehinderten Bewegungsfreiheit für die natürlichen Personen.

Ausgehend von der Feststellung, dass die europäische Integration viel mehr als nur den Binnenmarkt darstelle, wurde das volle Teilnahmerecht der EFTA-Staaten am gemeinsamen Meinungsbildungs- sowie Entscheidungsprozess postuliert. Nur somit könnten die EFTA-Staaten ihren vollen Beitrag zur europäischen Integration leisten. Deshalb müssten zufriedenstellende Lösungen in diesen Bereichen erzielt werden.

Im übrigen verlangte MOCK eine parallele Weiterführung des Luxemburger-Prozesses im Hinblick auf eine "Frühernte" in Bereichen, wo eine weitgehende Übereinstimmung der Haltungen (z.B. Normen) bereits feststehe. Die Teilnahme der EFTA-Staaten an der europäischen Umweltschutzagentur wurde postuliert.

Der Aussenminister *Finnlands* (P. PAASIO) gab den bevorstehenden Verhandlungen die volle Unterstützung seiner Regierung und des finnischen Parlamentes (Beilage 7).

Mit der Bereitschaft, den "einschlägigen Gemeinschaftsbestand" zu übernehmen, würden die EFTA-Staaten mit der EG künftig eine Vergangenheit teilen, welche erstere nicht beeinflussen konnten. Dies heisse aber andererseits, dass die EFTA-Staaten eine *echte Einflussnahme im Rahmen des EWR* erhalten sollten. Diese Einflussnahme sei für die künftige Annehmbarkeit sowie das gute Funktionieren des Vertrages ausschlaggebend. Dazu werde man die EFTA in geeigneter Weise stärken. Bereits jetzt kündete Finnland

schliesslich an, dass es in gewissen Bereichen grundlegende Interessen geltend machen werde.

Für *Norwegen* (AM BONDEVIK) stellen die gemeinsamen Schlussfolgerungen des HLSG vom 20. Oktober - in den Augen seiner Regierung und des Parlamentes - einen gerechten und ausgewogenen Ausgangspunkt für die Verhandlung dar (~~Beilage 2~~). Der EWR müsse sich auf die 4 Freiheiten (mit Ausnahmen) sowie auf die flankierenden Politiken (Umweltschutz, tragbares Wachstum der Volkswirtschaften etc.) erstrecken. Die institutionellen Lösungen bezüglich des gemeinsamen Entscheidungsprozesses müssten effizient und gerecht sein. Bei der ~~Entwicklung~~ des Vertrages müssten die nationalen Rechtssysteme berücksichtigt werden.

Der in der gemeinsamen Erklärung erwähnte politische Dialog müsse sich primär auf EWR-Aspekte beziehen und die bilaterale politische Zusammenarbeit Norwegens mit den EG-Mitgliedstaaten (EPZ) nicht beeinträchtigen.

Aussenhandelsministerin GRADIN sprach für *Schweden* (~~Beilage 2~~) und stellte mit Genugtuung fest, dass die Ansprache des EG-Vorsitzenden DUMAS die Möglichkeit von Verhandlungen im Jahr 1990 bestätigt habe. Die Verhandlungen müssten deshalb baldmöglichst lanciert werden. Bis Mitte Jahr sollte man bereits den Rohbau eines EWR-Vertrages beschlossen haben. Nach ihren Vorstellungen könnte er eine dreiteilige Struktur haben: (1) Anwendungsbereich sowie Struktur; (2) Ausnahmen und Sonderbestimmungen; (3) rechtliche und institutionelle Grundsätze. Bis im Juni könne ein "konzeptueller Durchbruch" erfolgen, der dann an einer neuen EG-EFTA Ministerkonferenz vor der Jahresmitte registriert werden könnte.

Materiell müsse der künftige EWR-Vertrag ausgewogen sein, d.h. für beide Seiten gleiche Rechte und Pflichten beinhalten. Die Wahrung der vollen Entscheidungsautonomie der Parteien müsse sichergestellt werden. Eine echte Teilnahme am gemeinsamen EWR-Entscheidungsprozess sei anzustreben, wobei dies mit dem Konzept der "zwei Pfeiler" kompatibel sein könne. In den gemeinsamen Gremien stehe den Ministern zur Erleichterung der Beschlussfassung eine *politische Führungsaufgabe* zu.

Das Fürstentum Liechtenstein (Regierungschef BRUNHART) bekräftigt den Willen zur Teilnahme in den vom Zollvertrag mit der Schweiz nicht abgedeckten Bereichen.

## 2.2. Das Wichtigste über die Stellungnahmen der EG-Staaten

Einleitend sei festgestellt, dass praktisch alle Mitgliedstaaten den Anspruch auf volle Wahrung der EG-Entscheidungsautonomie erwähnt haben. Dies gelte allerdings auch für "die EFTA". Generell wurde auch die Forderung nach einfachen und flexiblen Institutionen vorgebracht.

Belgians Aussenminister EYSKENS stellte fest, dass die Zeit für die Erweiterung der Dimension der EG-EFTA Zusammenarbeit gekommen sei. Dafür brauche es weit über das Assoziations-Modell hinausgehende Institutionen sui generis. Die 18 Staaten müssen vermehrt gemeinsam handeln - gegenüber Osteuropa, aber auch gegenüber der Dritten Welt. Regelmässige Ministertreffen sollten zu diesem Zwecke vorgesehen werden, wo generell ein politischer Dialog (inklusive eventuell politische Zusammenarbeit) geführt werden könne.

Dänemark forderte für die EFTA-Staaten eine verbesserte Einflussnahme: Es sei dies nicht so sehr eine juristische, sondern vielmehr eine politische Frage. Die gemeinsamen Institutionen sollten wirksam sein und die Entscheidungsautonomie der EG wahren.

Für die BRD ist es Sache der EFTA-Staaten, sich so zu organisieren, wie sie es für ein wirksames Funktionieren eines EWR-Vertrages nötig erachten. Beim decision making sollte man so weit als möglich eine Verflechtung der Gruppen der EG und der EFTA-Staaten im Hinblick auf gemeinsame Beschlussempfehlungen anstreben. Der letzte Entscheid liege bei der EG; den EFTA-Staaten stehe die Übernahme frei. Gemeinsame Gremien könnten überdies technische Fragen beschliessen sowie die gemeinsame Nachprüfung der Anwendung des Vertrages sicherstellen. Eine gemeinsame parlamentarische Dimension sei vorzusehen.

Als Modell für diese neue Zusammenarbeit erwähnt Frau ADAM-SCHWÄTZER insbesondere die Konstruktion im F&E-Bereich. Die Europäische Umweltschutzagentur sowie die Europäische Entwicklungsbank für die Oststaaten sollte den EFTA-Staaten offenstehen.

Spanien unterstrich die Notwendigkeit einer symmetrischen und ausgewogenen Wahrung der fundamentalen Interessen der Vertragsparteien: In letztere Kategorie reiht es Landwirtschaft, Fischerei sowie den freien Personenverkehr ein. Der Acquis könne überdies nicht à la carte übernommen werden, was eine möglichst vollständige Übernahme bedeute. Es warnte gleichzeitig vor schwerfälligen Institutionen.

Für Irland wird die Kohäsionsproblematik ein wichtiger Aspekt der Verhandlungen sein. Zur Frage der Einberufung einer neuen EG-EFTA Ministerkonferenz legte sich die irische Vertreterin nicht fest, obschon sie für das schwedische Anliegen Verständnis zeigte.

Italien gab zu verstehen, dass die Verkehrspolitik sowie der freie Transit Bestandteil eines EWR-Vertrages sein müssten.

Portugal erinnerte daran, dass der EWR-Vertrag die Integration stärken müsse. Bremswirkungen könnten nicht hingenommen werden.

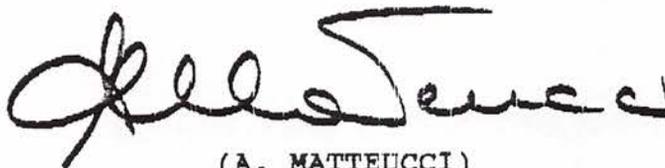
Grossbritannien erinnerte daran, dass gerechte Wettbewerbsregeln sowie klare Regeln bei den Staatsbeihilfen eine zentrale Rolle beim Funktionieren des EWR einnehmen. Ein Konsultationsprozess erlaube die Wahrung der Entscheidungsautonomie.

### 3. ANNAHME DER GEMEINSAMEN ERKLÄRUNG

Anlässlich der Annahme der Gemeinsamen Erklärung gab sich Aussenminister HANNIBALSON im Namen seiner Kollegen über den Text hoch erfreut und sprach das Verständnis der EFTA-Staaten für die Kohäsionsproblematik der EG aus.

#### 4. SCHLUSSBEMERKUNG (vT)

Das Treffen hat bestätigt, dass der Grad der Assimilation der EWR-Problematik unter den EG-Mitgliedstaaten noch sehr unterschiedlich ist. Es ist zudem wohl unvermeidlich, dass in den zentralen institutionellen Fragen des EWR im Vorfeld der Verhandlungen aneinander vorbeigeredet wird, bzw. dass die eigentliche EG-Position ("bottom line") zunächst nicht formuliert wird. Das kann sogar z.T. Taktik sein. Der eigentliche Test für die EFTA wird sein, hier nicht auf Vorschuss Kapitulationsbereitschaft zu signalisieren. Die Erfahrung zeigt, dass die schwerfällige EG sich nur dann zu einer echten Verhandlung bequemt, wenn sie auf harten Widerstand stösst. Es besteht allerdings ein wesentlicher Unterschied zwischen Bremsen einerseits und Führungsarbeit für eine EFTA mit Rückgrat anderseits.



(A. MATTEUCCI)

C E E - A E L E

## COMMUNICATION A LA PRESSE

Bruxelles, le 19 décembre 1989  
10949/89 (Presse 252)

RENCONTRE MINISTERIELLE ENTRE  
LA COMMUNAUTE ET SES ETATS MEMBRES ET  
LES PAYS DE L'ASSOCIATION EUROPEENNE DE LIBRE ECHANGE

Comme ils en étaient convenus lors de leur rencontre du 20 mars 1989, les Ministres des Etats membres et la Commission des Communautés européennes et les Ministres des pays de l'Association européenne de libre échange se sont rencontrés à Bruxelles le 19 décembre 1989.

La rencontre était présidée, pour la Communauté, par M. Roland DUMAS, Ministre d'Etat, Ministre des Affaires étrangères de la République française et Président en exercice du Conseil, et, pour les pays de l'AELE, par M. Jón Baldvin HANNIBALSSON, Ministre des Affaires étrangères et du Commerce extérieur de la République d'Islande et Président en exercice du Conseil de l'AELE. La Commission des Communautés européennes était représentée par M. Jacques DELORS, Président, et M. Frans ANDRIESSEN, Vice-Président. La liste des Ministres des Etats membres des Communautés européennes et des pays de l'AELE est jointe en Annexe. M. Georg REISCH, Secrétaire Général de l'AELE assistait également à la rencontre.

Les Ministres sont convenus de se rencontrer à nouveau dans le courant de l'année prochaine à une date à convenir.

A l'issue de la rencontre, les participants ont adopté la déclaration commune reprise ci-après :

1. Les Ministres ont réaffirmé l'importance toute particulière des relations privilégiées entre la Communauté, ses Etats membres et les pays de l'AELE, qui constituent un élément fondamental non seulement pour eux-mêmes, mais aussi pour l'ensemble du continent européen : héritiers des mêmes valeurs, attachés à des principes communs, solidaires dans une même communauté de destin, ils contribuent ensemble à la vitalité de l'Europe et représentent aujourd'hui une référence pour tous leurs voisins.

Ils ont salué les changements politiques et économiques survenus récemment dans d'autres pays d'Europe. Ils ont réaffirmé leur volonté d'encourager l'évolution de ces pays vers la démocratie pluraliste et d'appuyer les réformes économiques nécessaires.

2. Ils ont rappelé l'impulsion importante donnée aux relations CE/AELE en 1984 grâce à la Déclaration de Luxembourg et se sont félicités des résultats considérables que ce processus a déjà permis d'atteindre vers l'objectif de la création d'un Espace Economique Européen.
3. Convaincus de la nécessité d'approfondir davantage ces relations en vue de la réalisation de l'Espace Economique Européen et de leur conférer une nouvelle dimension dans une perspective européenne commune, ils sont convenus de rechercher ensemble la définition d'un cadre plus structuré pour la coopération entre la Communauté et l'ensemble des pays de l'AELE.

Ils ont décidé à cette fin d'engager des négociations formelles dès que possible au premier semestre 1990, en se fixant l'objectif de leur aboutissement dans les meilleurs délais.

4. Les Ministres ont noté avec satisfaction la qualité des travaux préparatoires déjà réalisés, notamment les "Résultats de la réunion du Groupe Commission/AELE à haut niveau" du 20 octobre 1989 ; ils se félicitent que les conversations menées entre la Commission et les pays de l'AELE, s'exprimant d'une seule voix, aient permis de constater une large convergence d'analyse en ce qui concerne le champ et le contenu d'un cadre rénové de relations entre la Communauté et l'ensemble des pays de l'AELE.

Ils sont convenus de la poursuite de ces travaux afin d'aborder les futures négociations dans les meilleures conditions possibles.

5. Ils estiment, à la lumière de ces travaux, que ce cadre devrait, en assurant le plus grand intérêt mutuel entre les parties ainsi que le caractère global et équilibré de leur coopération, répondre notamment sur le fond aux objectifs suivants :

- atteindre la réalisation de la libre circulation des marchandises, des services, des capitaux et des personnes, sur la base de l'acquis communautaire pertinent, identifié conjointement ; des exceptions éventuelles, justifiées par la sauvegarde d'intérêts fondamentaux, ainsi que des dispositions transitoires pourraient être l'objet de négociations ; l'égalité des conditions de concurrence devrait être assurée ;
- renforcer et élargir la coopération dans le cadre des actions communautaires dans d'autres domaines tels que la recherche et le développement, l'environnement, l'éducation, les conditions de travail et la protection sociale, la protection des consommateurs, les programmes pour les petites et moyennes entreprises, le tourisme ;
- réduire les disparités économiques et sociales entre leurs régions.

6. Ils considèrent que ce cadre devra notamment assurer le respect de la pleine autonomie de décision des parties.

En conformité avec ce principe, la négociation devrait permettre la mise au point :

- de procédures assurant de façon effective la prise en compte des positions de chacune des parties afin de faciliter l'obtention d'un consensus dans les décisions relatives à l'Espace Economique Européen ;
  - de formules appropriées permettant d'assurer l'effet direct des législations communes, une surveillance de leur mise en oeuvre ainsi qu'un contrôle de type juridictionnel et, de façon générale, le bon fonctionnement de l'accord.
7. Les négociations entre la Communauté, d'une part, et les pays de l'AELE agissant comme interlocuteur unique, d'autre part, auront pour objectif la conclusion d'un accord global couvrant les aspects de fond et les aspects juridiques et institutionnels mentionnés ci-dessus.
8. Ils estiment en outre qu'un dialogue politique pourrait être envisagé, y compris au niveau ministériel.

ANLAGE

MINISTERTREFFEN DER  
EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT UND IHRER MITGLIEDSTAATEN  
MIT DEN LÄNDERN DER EUROPÄISCHEN FREIHANDELSASSOZIATION

GEMEINSAME ERKLÄRUNG

1. Wie auf ihrem Treffen vom 20. März 1989 vereinbart, sind die Minister der Mitgliedstaaten und die Kommission der Europäischen Gemeinschaften am 19. Dezember 1989 in Brüssel mit den Ministern der Länder der Europäischen Freihandelsassoziation zusammengetreten.

Den Vorsitz der Tagung führten - für die Gemeinschaft - der Staatsminister, Minister für auswärtige Angelegenheiten der Französischen Republik und amtierende Präsident des Rates, Herr Roland DUMAS, und - für die EFTA-Länder - der Minister für auswärtige Angelegenheiten und Aussenhandel der Republik Island und amtierende Präsident des EFTA-Rates, Herr Jón Baldvin HANNIBALSSON. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften war durch ihren Präsidenten, Herrn Jacques DELORS, sowie durch den Vizepräsidenten Herrn Frans ANDRIESEN vertreten. Die Liste der Minister der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften und der EFTA-Länder ist beigelegt. Der Generalsekretär der EFTA, Herr Georg REISCH, wohnte der Tagung ebenfalls bei.

2. Die Minister haben bekräftigt, dass die bevorzugten Beziehungen zwischen der Gemeinschaft, ihren Mitgliedstaaten und den EFTA-Ländern von ganz besonderer Bedeutung sind; diese Beziehungen stellen nicht nur für die Beteiligten, sondern auch für den gesamten europäischen Kontinent ein wesentliches Element dar: Als Angehörige einer Schicksalsgemeinschaft, die denselben traditionellen Werten sowie gemeinsamen Grundsätzen verbunden sind, tragen sie insgesamt zur Vitalität Europas bei und dienen heute allen ihren Nachbarn als Vorbild.

Sie haben die in anderen europäischen Ländern unlängst eingetretenen politischen und wirtschaftlichen Änderungen begrüsst. Sie haben ihren Willen bekräftigt, die Entwicklung dieser Länder hin zur pluralistischen Demokratie zu fördern und die notwendigen wirtschaftlichen Reformen zu unterstützen.

3. Sie haben an den wichtigen Impuls erinnert, den die Beziehungen zwischen der EG und der EFTA 1984 durch die Luxemburger Erklärung erfahren haben, und haben die erheblichen Fortschritte begrüsst, die im Hinblick auf die Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraums durch diesen Prozess bereits erzielt werden konnten.
4. In der Überzeugung, dass diese Beziehungen zur Verwirklichung des Europäischen Wirtschaftsraums weiter zu vertiefen sind und ihnen eine neue gesamteuropäische Dimension eröffnet werden muss, sind sie übereingekommen, den Rahmen für eine stärker strukturierte Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und sämtlichen EFTA-Ländern gemeinsam abzustecken.

Sie haben daher beschlossen, möglichst bald im ersten Halbjahr 1990 förmliche Verhandlungen aufzunehmen und diese sobald wie möglich abzuschliessen.

5. Die Minister haben die Qualität der bereits geleisteten Vorarbeiten, insbesondere die "Beratungsergebnisse der Gruppe hoher Beamter der Kommission und der EFTA-Länder" vom 20. Oktober 1989 gewürdigt; sie begrüßen, dass bei den Gesprächen zwischen der Gemeinschaft und den EFTA-Ländern, die mit einer Stimme sprechen, weitgehende Übereinstimmung darüber festzustellen gewesen sei, wie Umfang und Inhalt eines neuen Rahmens für die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den EFTA-Ländern insgesamt zu beurteilen seien.

Sie sind übereingekommen, diese Beratungen fortzuführen, um unter optimalen Bedingungen in die künftigen Verhandlungen einzutreten.

6. Sie vertreten im Lichte dieser Beratungen die Auffassung, dass dieser neue Rahmen das gegenseitige Interesse beider Seiten soweit wie möglich berücksichtigen und eine umfassende und ausgewogene Zusammenarbeit gewährleisten müsste; zugleich müsste er, insbesondere was seinen Inhalt betrifft, folgenden Zielen gerecht werden:

- Verwirklichung des freien Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehrs auf der Grundlage des gemeinsam festzustellenden einschlägigen Gemeinschaftsbestands; Gewährung etwaiger Ausnahmen, die zur Wahrung grundlegender Interessen gerechtfertigt sind, sowie Festlegung von Übergangsbestimmungen im Wege möglicher Verhandlungen; Sicherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen;

- Stärkung und Ausbau der Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinschaftsaktionen in anderen Bereichen wie z.B. Forschung und Entwicklung, Umwelt, Bildung, Arbeitsbedingungen und soziale Sicherung, Verbraucherschutz, Programme für kleine und mittlere Unternehmen und Fremdenverkehr;
- Abbau des wirtschaftlichen und sozialen Gefälles zwischen den einzelnen Regionen der betreffenden Länder.

7. Sie sind der Ansicht, dass in diesem Rahmen insbesondere die volle Entscheidungsautonomie beider Seiten gewahrt werden muss.

Bei den Verhandlungen müsste in Übereinstimmung mit diesem Grundsatz folgendes entwickelt werden:

- Verfahren, mit denen wirksam sichergestellt wird, dass die Standpunkte beider Seiten berücksichtigt werden, um so die Erlangung eines Konsenses über die Beschlüsse betreffend den Europäischen Wirtschaftsraum zu erleichtern;
- geeignete Formeln, die es ermöglichen zu gewährleisten, dass die gemeinsamen Rechtsvorschriften unmittelbar Geltung haben, dass deren Anwendung überwacht wird sowie eine Kontrolle gerichtlicher Art ausgeübt wird und dass generell das Abkommen ordnungsgemäss funktioniert.

8. Gegenstand der Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft einerseits und den EFTA-Ländern, die wie ein einziger Verhandlungspartner auftreten, andererseits wird der Abschluss eines umfassenden Abkommens sein, das die inhaltlichen sowie die vorgenannten rechtlichen und institutionellen Aspekte abdeckt.

9. Sie vertreten im übrigen die Auffassung, dass ein politischer Dialog in Aussicht genommen werden könnte, und zwar auch auf Ministerebene.

**RENCONTRE MINISTERIELLE INFORMELLE  
ENTRE LA CE ET SES ETATS MEMBRES ET LES PAYS DE L'AELE**

(Bruxelles, 19 décembre 1989)

---

**Déclaration de Jean-Pascal DELAMURAZ,  
Président de la Confédération suisse**

1. Le film européen se déroule à un rythme étonnant. Il y a, du côté occidental, l'accélération de la construction communautaire, le nouveau dialogue Communauté-Etats de l'AELE, toutes choses qui se sont accomplies en quelques mois. Et il y a, à l'Est, cette ouverture spectaculaire à la liberté et à la démocratie, qui redonne à l'Europe, terre marquée d'abord par ses valeurs de civilisation millénaires et inaliénables, sa dimension de toujours.
2. Ces deux ordres d'événements sont liés l'un à l'autre, étroitement. Ils légitiment, plus encore qu'au printemps dernier, la volonté d'instituer ensemble, Communauté et Etats de l'AELE, un Espace Economique européen (EEE) cohérent et efficace.

Les progrès réalisés, dans ce dessein, en 1989, sont remarquables. Mais l'essentiel reste à faire: la négociation du traité instituant la coopération future entre Communauté et Etats de l'AELE dans un partenariat sur pied d'égalité, sans satellisation de fait, sans dépendance systématiquement unilatérale.

3. La Suisse s'engage pleinement dans la processus de préparation d'un tel traité.

Elle constate que les discussions de ces derniers mois ont permis de dégager, entre Communauté et Etats de l'AELE, des convergences et des similitudes nombreuses dans la substance. Les conclusions du 20 octobre constituent notre base de départ commune.

Ce constat capital permet maintenant l'approfondissement, et l'approfondissement passe par une phase exploratoire qui porte, plus particulièrement, sur deux domaines.

Premier domaine: l'identification conjointe de la part de l'acquis communautaire qui pourra être reprise dans le traité futur et de la part qui devra soit faire exception, soit conduire à des formules transitoires. Que l'on m'entende bien: il ne s'agit en aucun cas d'éditer un volumineux catalogue d'exceptions; au contraire, une large part de l'acquis communautaire pertinent est admise au départ. Une telle approche nous permettra d'assurer l'essentiel. L'essentiel, c'est un large contenu des quatre libertés. Et c'est une coopération plus étendue dans les politiques d'accompagnement: notamment la protection de l'environnement ainsi que la recherche et le développement.

Second domaine de l'exploration: celui des institutions et des procédures d'un traité sur l'EEE. Soyons clairs et disons ouvertement dès le départ qu'il ne saurait y avoir de nouvelles formes de coopération entre la CE et les Etats de l'AELE que s'il y a des mécanismes pour préparer et prendre les décisions en commun. En d'autres termes, les démarches intracommunautaires et les démarches de

l'EEE seront interdépendantes, sans immixtion de l'un chez l'autre. Nous voulons créer un EEE avec organes communs, qui ne sera pas la juxtaposition de deux piliers.

4. Dans nos discussions les plus récentes, il a beaucoup été question d'autonomie de décision que chaque partie conserverait dans la coopération future. Il faudra définir ensemble, soigneusement, cette autonomie. Car:

- \* ou bien il s'agit d'un simple rappel du principe de non-immixtion dans les procédures de l'autre partie - et nous sommes naturellement d'accord avec ce principe traditionnel;

- \* ou bien les termes de "pleine autonomie de décision des parties" voudraient laisser entendre que chacune des parties aura la liberté de revenir unilatéralement sur des décisions de l'EEE - et une telle acception briserait le lien conventionnel que nous nous employons à créer.

A nos négociateurs de définir rigoureusement l'autonomie.

5. Dans nos travaux, nous tous - qui représentons des Etats et des Institutions profondément attachés à la démocratie parlementaire - devons veiller à ce que la future structure institutionnelle de l'EEE accorde à l'élément parlementaire le rôle qui lui revient.

## 6. Je conclus.

Nous participerons activement à la négociation de ce nouveau traité que nous voulons tant du côté Communauté que du côté AELE.

Négocier, c'est rechercher - parfois âprement - un terrain d'entente mutuelle et des formes de réciprocité, sans ambiguïté.

Négocier, c'est construire ensemble et non pas consentir unilatéralement et à n'importe quel prix.

Négocier, c'est apporter, de part et d'autre, une contribution supplémentaire à l'harmonie et à l'efficacité de l'Europe. Dans cette perspective mon pays apportera sa contribution.

Buleje 5

INFORMAL MEETING BETWEEN EFTA AND EC MINISTERS,  
BRUSSELS, 19 DECEMBER 1989

Statement of the EFTA Chairman,

Mr. Jón Baldvin Hannibalsson,

Minister for Foreign Affairs and External Trade of Iceland

Mr. Chairman, Colleagues, Mr. President, Mr. Vice-President, Ladies and Gentlemen,

1. It is with great expectations that I as chairman of the EFTA Council address you on behalf of all the EFTA countries on this important occasion for the creation of a more structured relationship between the European Community and its Member States and the EFTA States. In what I am saying here now I am of course presenting the EFTA point of view. Concerning Iceland's position let me only say that it has been carefully explained and presented in the High Level Steering Group and its Working Groups as part and parcel of the EFTA position. My colleagues from the EFTA countries will certainly later on make their own contributions to our discussions today.

2. Although I will concentrate my intervention on our joint efforts to continue the process we launched together at our last meeting on 20 March, we have in the meantime experienced a development in Europe which was unimaginable at that time. I am indeed proud of the fact that both the EC and EFTA countries have responded promptly to the need for assisting our neighbours in Eastern Europe, individually as well as within the Group of 24 countries, in carrying out their important and complex process of changes. The development in this part of Europe is - and this has also been expressed in many political comments on

the EC side -an additional reason to speed up the process of integration within the EC, as well as our joint efforts to create an efficient and dynamic EES.

3. In this respect I would like to draw your attention to the joint statement of EFTA Ministers of 12 December which represents a clear signal of our preparedness, within the framework of EFTA, to develop our co-operation with East European countries. In that statement we took note with interest of the initiatives of the European Council with regard to financial support to Eastern Europe and expressed our preparedness to engage in a constructive discussion of these proposals.

4. Turning to our agenda of today, Mr. Chairman, I would in particular like to express our appreciation of the priority given by the French presidency to our joint efforts to prepare for the negotiations on a more structured partnership. I believe that the visit of President Mitterrand to Iceland on 7 November was a timely token of the political significance France attaches to our common future relationship and the creation of the EES. The direct contacts with many of my colleagues around this table have also been extremely useful in preparing for this meeting.

5. I personally have appreciated the direct contacts both with President Delors and with Vice-President Andriessen. I would also like to express our satisfaction to the EC Commission at the efforts made at all levels during these months.

6. Mr. Chairman, the high-level examination undertaken by the EFTA countries and the Commission in the search for a more structured partnership with common decision-making and administrative institutions was concluded on 20 October with an agreement on a set of common conclusions.

7. Already a week later, on 27 October, at an informal ministerial meeting, EFTA Ministers, in making their preliminary assessment of the results, agreed that sufficient common ground had been identified and we committed ourselves to continuing the process without losing momentum.

8. We have noted with satisfaction that the Commission, in its communication to the EC Council, came to the same conclusion and envisaged the start of negotiations on a comprehensive EFTA-EC agreement. The subsequent positive reaction to the Commission's communication by the EC Council on 27 November has paved the way for the positive further steps we want to see emerge from this meeting. In this respect we appreciate the conclusions of the European Council in Strasbourg, which endorsed the idea of reaching a comprehensive agreement strengthening the co-operation between the EC and EFTA countries in the framework of a European Economic Space of eighteen States.

9. At our Ministerial Council meeting in Geneva last week EFTA Ministers thus expressed the expectation that our meeting today would give a clear political signal to open negotiations on a comprehensive EES agreement in early 1990. Until then exploratory talks should be conducted. The aim should be to have an outline of an agreement around the middle of 1990 and to conclude the negotiations within the year. This would be necessary for a possible entry into force by 1 January 1993.

10. As has been clearly demonstrated during our joint examination the EFTA States have met the challenge put to us by President Delors last January. We are thus envisaging an agreement providing for the fullest possible realization of the free movement of goods, services, capital and persons as well as extended co-operation in

flanking and horizontal policies, such as education, environment, research and development, and the social dimension.

11. We have also agreed that the relevant Community acquis, to be identified jointly with the Community, should in one way or another be integrated into the agreement as the common legal basis. Certain exceptions justified by considerations of fundamental interests, as well as transitional arrangements, will have to be negotiated. This fact has also been recognized in the conclusions of the High-Level Steering Group of 20 October. I recall furthermore that both sides have noted that there exist areas where the EFTA countries have more elaborate rules relating in particular to health, safety, consumer protection and environment. It is of importance to the EFTA countries that our future co-operation relating to these areas be based on high standards of protection.

12. As to the legal questions we believe that the examination undertaken has indicated alternative solutions for the establishment of independent, effective and reliable mechanisms for the surveillance of EES rules, and for a joint judicial body for the settlement of disputes and uniform interpretation of these rules.

13. The positive reactions by EFTA Heads of Government in Oslo to the initiative by President Delors were based on the understanding that we should "look for a new, more structured partnership with common decision-making and administrative institutions to make our activities more effective". We have indeed accepted to base our negotiations on the relevant Community Acquis with regard to the common rules to govern the EES. Having said this I want, however, to underline that the good functioning of the agreement will make it essential that the dynamic further development of our relationship provide for joint

shaping and making of future EES rules. The establishment of a genuine joint decision-making mechanism in substance and form is a basic prerequisite for the political acceptability and the legal effectiveness of an agreement, and would be justified by the envisaged scope of the agreement.

14. Mr. Chairman, it has been stated on various occasions that the EFTA ambitions in this regard would not call into question the Community's institutional system and the autonomy of the Community's decision-making. Yet, while respecting this autonomy, we must seek solutions that will provide for genuine joint decision-making within an equal partnership reflecting the vast scope of our prospective agreement and our commitment to preserve the homogeneity of the EES in parallel with relevant EC developments.

15. Mr. Chairman, the EFTA countries are taking important steps to strengthen their organization and the Secretariat. We have spoken throughout this process so far with one voice, presenting common positions. It is indeed our intention to continue to do so. In that spirit I certainly have all EFTA countries behind me in the call for the start of formal negotiations in early 1990, and that until then we should conduct exploratory talks to clarify further certain important aspects in order not to lose any momentum. Already by the middle of 1990 we should, in our view, be in a position to have clear conceptions of the outline of an agreement.

16. We do understand the magnitude of the task confronting us. But we strongly believe that we, the pluralistic market-oriented democracies of Western Europe must, as quickly as possible, put our mutual relationship on a firm and forward-looking basis, since that would improve our ability to face together the challenge of

supporting our neighbouring countries in Eastern Europe to continue on their path of reform and democratization. It is therefore our aim to conclude the negotiations by the end of 1990.

17. Mr. Chairman, we feel confident that at this very crucial stage for Europe as a whole you on the EC side also agree to give this important political signal that will benefit all of Europe.

Thank you !

19/12/89

[With referrence to the statements by some of you,] Let me also say that the EFTA-countries have indeed understanding for the necessity of economic and social cohesion within the whole of the EES and will not shy away from their responsibilities in this regard.

Subje 6  
Check against  
delivery

(0063Z)

Réunion des Ministres des  
Affaires Etrangères de la  
CE et de l'AELE, Bruxelles  
19 décembre 1989

D é c l a r a t i o n  
d e  
M. A l o i s M O C K  
Ministre Fédéral des Affaires Etrangères  
de l'Autriche

Monsieur le Président,

Je tiens à vous remercier de votre invitation à cette deuxième réunion des ministres des Etats-membres des Communautés Européennes et de l'Association Européenne de Libre Echange, de laquelle nous espérons une impulsion politique importante en vue de la création d'un Espace Economique Européen comprenant nos 18 pays.

J'aimerais profiter de cette occasion pour vous féliciter des progrès significatifs atteints dans la construction de l'Europe sous la présidence française. L'Autriche, candidate à l'adhésion aux Communautés Européennes, ne peut que se réjouir de l'approfondissement qualitatif de l'oeuvre européenne d'intégration et de la paix. Mon pays affirme son attachement profond aux idéaux qui ont inspiré les traités instituant les Communautés Européennes.

Mes remerciements vont aussi à M. Hannibalsson, Ministre des Affaires Etrangères et du Commerce Extérieur de l'Islande, pour la manière efficace et dévouée dont il a présidé nos travaux au sein de l'AELE.

Au cours de notre exploration conjointe, nous avons constaté une convergence de vues assez large quant'à une participation des pays de l'AELE au marché intérieur. Cependant, nous n'avons pas atteint un consensus sur la pleine réalisation des quatre libertés dans le futur espace économique de nos 18 pays.

- 2 -

Pour l'Autriche qui aspire à devenir membre des Communautés Européennes, il ne peut y avoir de doute que notre but est la pleine participation à l'intégration européenne. Ceci implique tant la réalisation complète des quatre libertés que la participation à part entière aux politiques horizontales comme la recherche, le développement technologique, l'éducation, l'environnement, la protection des consommateurs, sans oublier la politique et la cohésion sociales.

Au cours des travaux préparatoires nous avons fait des progrès notamment en ce qui concerne la libre prestation des services et de la libre circulation des capitaux, des travailleurs et des indépendants. Je suis confiant qu'on trouvera des solutions appropriées pour résoudre les problèmes spécifiques de certains pays de l'AELE.

Il y a toutefois des domaines d'importance fondamentale pour un marché sans frontières internes qui jusqu'à présent restent exclus de l'Espace Economique Européen. Je pense surtout à la libre circulation des marchandises qui ne sera pas réalisée, si on se refuse à envisager la création d'une union douanière et la participation des pays de l'AELE au marché agricole commun. Je tiens à mentionner dans ce contexte que le secteur couvert par le traité CECA, qui est d'une importance particulière pour mon pays, n'a pas fait partie de nos délibérations.

Et n'oublions pas que nos citoyens s'attendent de ce qu'ils appellent l'intégration européenne la possibilité de passer librement, sans formalités frontalières, d'un pays à l'autre dans leur Europe.

Toutfois, la question clef pour le succès du processus Oslo-Bruxelles est de nature institutionnelle. Je me réfère au rôle des pays de l'AELE dans la préparation et la prise de décision de l'Espace Economique Européen.

- 3 -

Il est évident que l'intégration européenne ne s'arrêtera pas avec l'achèvement du marché intérieur. Il y aura un processus continu de "decision shaping" et de "decision making". Il est impératif que les pays de l'AELE aient le droit de participer à la préparation et à la prise de décision portant sur l'intégration future - participation qui correspond à l'interdépendance de nos pays, à la contribution des pays de l'AELE à l'oeuvre de l'intégration et à leur engagement dans ce processus que nous tous considérons, et à juste titre, comme irréversible. Je suis cependant convaincu que nous trouverons, dans notre intérêt commun, des solutions de compromis satisfaisantes pour toutes les parties.

Je suis confiant que notre entreprise pourra être menée à bon terme et représentera un grand pas en avant si nous réussissons à trouver une solution institutionnelle adéquate. Un espace économique européen, où les états-membres de la Communauté et de l'AELE travaillent ensemble à pied d'égalité produira pour les 18 pays les effets bénéfiques que nous tous attendons dans l'intérêt de nos peuples et de nos économies.

Monsieur le Président, j'aimerais aussi insister sur la nécessité de continuer notre coopération dans le cadre du suivi de Luxembourg parallèlement au processus Oslo-Bruxelles. Il y a toute une série de domaines, où les travaux sont très avancés et où nous pourrions atteindre des accords mutuels dans des brefs délais. Je pense notamment aux normes techniques et à la reconnaissance mutuelle des certificats de conformité ainsi qu'à la pleine participation des pays de l'AELE à l'Agence Européenne de l'Environnement et aux programmes de la Communauté dans les domaines de l'éducation, de la recherche et du développement technologique. La construction commune, dès le début, de l'Agence Européenne de l'Environnement pourrait servir de preuve visible de notre volonté politique d'affronter en commun des nouvelles responsabilités, non seulement en parole, mais dans l'action concrète.

Merci Monsieur le Président.

**EFTA-EC Ministerial Meeting on 19 December 1989****Statement by Mr. Pertti Paasio, Minister for Foreign Affairs of Finland**

Mr. Chairman,

The Finnish Government gives strong and unqualified support to the negotiations now to be launched for the creation of a European Economic Space comprising the EFTA countries and the European Community. For Finland, a neutral Nordic country situated at the crossroads of East and West in Europe and highly dependent on its relations with Europe, this enterprise is the logical continuation of a line consistently followed since the 2nd World War. In trade and economic terms this line has meant close ties with our neighbours, participation in European integration through free trade as well as an active role in the global organisations for trade and finance.

The wind of change now sweeps across our continent. We face the unprecedented task of building a new structure for Europe - based on mutual interest and cooperation - and not on division. The task is political and economic and both dimensions call for solutions at the same time.

The consolidation of the EFTA-Community partnership must be set in the framework of the profound change that is now in motion. Fortunately, the relationship between the European Community and the EFTA countries is mature, economically, socially and politically. Our long co-existence in this continent has brought us together in a way which is quite unique. The intensity of our economic relations, for example, is not matched anywhere in the world. This will certainly help us find our way forward. We give our full support to the positions put forward in the statement of the EFTA Chairman.

2.

Following its recent communication to Parliament on European integration and a very lively debate in Parliament my Government now has clear-cut support for its line of action. We therefore approach the task ahead with confidence and with the determination to play our full part in the negotiations ahead.

Let me, however, single out a few issues which are crucial for the success of our great endeavour. The EFTA countries undertake to negotiate on the basis of the Community's "relevant acquis"; that is the Community's legislative and administrative achievements of the past 30 years. We are under no illusion as to the magnitude of this undertaking. We are, in a sense, invited to share the past with the Community. But sharing the past - in the shaping of which we have played no part - must be matched by a common readiness to shape the future together. I think that we all recognize that this is a focal point of our negotiations. I cannot therefore overstress the importance of finding ways and means which give the EFTA countries real influence in the European Economic Space. This is of decisive importance for the political acceptability and good functioning of the future Treaty. If these expectations are met then it is both meaningful and necessary to strengthen the common action of EFTA so that we may live up to the requirements of our future Treaty.

We, as all of us, will naturally seek to secure our fundamental interests in the negotiations ahead. In the declaration that we are going to adapt today, a specific mention is made of that.

3.

The European Community and the EFTA countries represent stability and prosperity in Europe. Moreover, their mutual relationship is uniquely stable. It is now also mature for a new dimension to be given to it. This is in our mutual and enlightened self-interest. However, there is that additional task of which we have all become aware this autumn: The need to help the countries of Eastern Europe in their own efforts to restructure their societies and their economies in an orderly manner and in socially acceptable conditions. To meet this new and highly demanding challenge we must pool all human and material resources in Western Europe.

The speed of change in Europe gives added weight and urgency to the great endeavour on which we are now jointly embarking. The work ahead is immense. We must therefore tackle the task without any delay, start negotiations promptly, work out a blueprint of the Treaty by the summer and bring the negotiations to a successful conclusion by the end of next year. That timetable is exceptionally ambitious but, then, we are living exceptional times.

Brussels, 19 December 1989

*Bulege 8*

Statement by the Swedish Minister for Foreign Trade,  
Mrs Anita Gradin, on December 19, 1989 at the joint  
EFTA/EC-ministerial meeting

Mr Chairman,

EFTA is speaking with one voice and I can associate myself fully to what has just been said by our EFTA-chairman, the Icelandic Minister for Foreign Affairs and Trade.

Let me underline a few points.

Since we last met on the 20th of March, the Swedish Parliament has reconfirmed the broad European mandate we received already last year. My government thus welcomes the opportunity to negotiate next year a comprehensive agreement between the EC and the EFTA states. The agreement should be based on a balance between rights and obligations.

We are attracted by the concept of European cooperation covering not only trade and finance and other freedoms but also important flanking policies such as environment, research, labour market, education and social aspects.

As politicians, we must be able to convince our voters that the planned EES-integration will benefit their daily lives and improve their standard of living.

I believe that Sweden can make a positive contribution to the construction of a new Europe built on stability, prosperity and social justice.

In common we can take on the urgent task of supporting the reforming countries of Eastern Europe in rebuilding their societies and in adapting their economies to the needs of the 21st century.

Being in the chair of EFTA as of January 1 next year, I would like to highlight the readiness of EFTA countries to move fast. We take it that negotiations will start early next year. We should aim at finalizing them by the end of the year.

We would like to see some kind of conceptual breakthrough before the summer recess. By then we should seek to have before us a blueprint covering in broad terms:

- First, the scope and structure of an agreement
- Secondly, derogations and transitions due to fundamental national interests - hopefully there will not be too many
- And thirdly, legal and institutional principles for our future cooperation.

We fully respect the internal decision making autonomy of the Community. What we aim at is a genuine participation in a joint EES-decision process. In our view this would be compatible with a two pillar approach.

To achieve this, we should seek suitable and pragmatic arrangements for institutional cooperation. Joint consultations between the EC and the EFTA states, as appropriate, and common political guidance at ministerial level, should facilitate the process of reaching common decisions on EES-matters.

Genuine participation in a joint EES-decision process is of crucial importance for the political acceptability of a wide-reaching EC/EFTA integration treaty.

In this context we will consider how best to adapt our own EFTA institutions to the new EC/EFTA partnership.

Mr Chairman,

We stand before a challenge of historic magnitude. The economic and social integration of Europe is now within reach. Yesterday's vision of Jean Monnet is becoming today's reality. On the Swedish side we feel confident that the Community and EFTA will jointly work out a dynamic European Economic Space well within the 1992 timetable. The political will shown by both sides is to me a most encouraging sign of our joint resolve and determination to reach our EES-objectives.

*+ proposed joint min meeting EC/EFTA  
 centres during Swedish week  
 - two meetings*

PRESSEROHSTOFF

18.12.1989

**Konferenz der Minister des EFTA-Staaten und der EG  
vom 19. Dezember 1989**

---

1. Der europäische Integrationsprozess hat sich seit der Veröffentlichung des bundesrätlichen Berichtes über die Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess vom 24. August 1988 stark beschleunigt.

Der pragmatische Weg, der darin bestand, sektorielle Abkommen abzuschliessen, ist durch das Streben nach einer umfassenderen und strukturierteren Zusammenarbeit zwischen den EFTA-Staaten und denjenigen der EG abgelöst worden. So trat in den letzten Monaten die Schaffung des "Europäischen Wirtschaftsraumes" (EWR) mit den 12 EG- und den 6 EFTA-Mitgliedstaaten in den Vordergrund. Der EWR wird auch zentrales Thema des Ministertreffens der EFTA-Staaten, der EG und ihrer Mitgliedstaaten vom 19. Dezember 1989 in Brüssel sein. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dabei die Aufnahme von exploratorischen Gesprächen zwischen den EFTA-Staaten und der EG beschlossen werden, die in der ersten Jahreshälfte 1990 zur Eröffnung von Verhandlungen über einen Vertrag zur Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes führen sollen.

2. Die Schweiz strebt die Schaffung binnenmarktähnlicher Verhältnisse in dem von EG und EFTA-Ländern gebildeten westeuropäischen Wirtschaftsraum (EWR) an. Das verfolgte Ziel ist damit ähnlich dem das Ziel, welches die EG mit dem Weissbuch über die Vollendung des EG-Binnenmarktes anstrebt.

Weshalb ähnlich, nicht identisch?

- der freie Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sowie die Freizügigkeit für Personen sollen zwar weitgehend, aber nicht lückenlos verwirklicht werden.

- 2 -

- die Beseitigung der Grenzkontrollen zwischen EG und EFTA-Ländern ist, im Unterschied zu den Verhältnissen, welche zwischen den EG-Mitgliedstaaten angestrebt werden, nicht vorgesehen. Zollunion, gemeinsame Agrarpolitik und Harmonisierung der indirekten Besteuerung wären Voraussetzung zur Aufgabe der Grenzkontrollen.

Welches sind die wichtigsten, unter die vier Freiheiten fallenden Gebiete, wo die Schweiz nicht bereit ist, ihre Gesetzgebung an die EG-Gesetzgebung anzugleichen?

- Landwirtschaft. Dies bedeutet aber nicht, dass Landwirtschaftsfragen aus den EWR-Verhandlungen völlig ausgeklammert würden.
- Ausländerpolitik. Die Schweiz will grundsätzlich an der Stabilisierungspolitik der ausländischen Wohnbevölkerung festhalten. Sie ist dagegen, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, bezüglich qualitativen Verbesserungen (namentlich Abbau von Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt, gegenseitige Anerkennung von Diplomen und Berufsausweisen) gesprächs- und verhandlungsbereit.
- Strassenverkehrsgesetzgebung, wo am 28 to Höchstgewicht und dem Nachtfahrverbot festgehalten werden soll.
- Wettbewerbspolitik

Der Vertrag über den EWR soll auch eine erweiterte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der sogenannten flankierenden Politiken begründen. Gemeint sind damit Politiken, deren gemeinsame oder koordinierte Durchführung in der EG für Erfolg und Akzeptanz des Binnenmarktprogramms als wichtig angesehen werden. Typische flankierende Politiken in diesem Sinne sind

- die Forschungs- und Technologiepolitik
- die Umweltschutzpolitik
- die Sozialpolitik
- die Wettbewerbspolitik
- die Bildungspolitik.

Der Abschluss eines Vertrages über den EWR bedeutet, dass ein Produktions- oder Dienstleistungsunternehmen vom Standort Schweiz im wesentlichen die gleichen Zugangsmöglichkeiten zum EG-Markt hat wie ein in der EG ansässiges Unternehmen. Hindernisse, die zwischen EG-Mitgliedstaaten fallen, sollen auch zwischen der EG und der Schweiz beseitigt werden. Ein nach schweizerischen Vorschriften rechtmässig in den Verkehr gebrachtes Produkt wird frei, d.n. ohne weitere Prüfungen und Konformitätsnachweise, im EWR vermarktet werden können. Ein schweizerisches Unternehmen wird die gleichen Möglichkeiten wie ein EG-Unternehmen haben, um sich um einen Auftrag der öffentlichen Hand in einem EG-Mitgliedstaat bewerben zu können. Ein in Italien oder Frankreich ansässiger Sparer soll hindernisfrei ein Bankkonto in der Schweiz eröffnen oder ein Schweizer eine Motorfahrzeugversicherung in Grossbritannien abschliessen können.

3. Wie dürfte sich der EWR-Vertrag auf die internen Verhältnisse in der Schweiz auswirken?

Die schweizerischen Gesetzgebung wird in den genannten Bereichen dem bestehenden EG-Recht angepasst werden müssen. Der Umfang des EG-Rechtes, das als gemeinsame Rechtsgrundlage in den künftigen EWR-Vertrag aufgenommen werden muss, steht noch nicht fest, wird aber erheblich sein. Dies gilt namentlich für technische Vorschriften im Güterbereich und Ueberwachungsvorschriften im Dienstleistungsbereich.

Föderalismus und direkte Demokratie werden weniger eingeschränkt als im Falle des EG-Beitrittes, aber sie bleiben nicht unberührt.

Beispiele: im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens, bei gewissen technischen Vorschriften, der gegenseitigen Anerkennung der Diplome, den Zulassungskriterien für Aufnahme und Ausübung gewisser Berufe werden kantonale Vorschriften geändert und harmonisiert werden müssen, wenn die Schweiz eine europäische Lösung im Rahmen des EWR anstreben will.

- 4 -

Die Entscheidungskompetenz eines künftigen gemeinsamen Entscheidungsorgans EG/EFTA-Länder steht heute noch nicht fest. Es ist dagegen kaum denkbar, dass gegen gesetzesähnliche EWR-Erlasse das Referendum ergriffen werden könnte. Das gute Funktionieren des EWR-Organs könnte auch eine beschränkte Kompetenzdelegation vom Parlament an den Bundesrat erfordern.

Während der EG-Beitritt die Glaubwürdigkeit der schweizerischen Neutralitätspolitik in Frage stellen könnte, ist dieses Risiko im Falle einer EWR-Option als bedeutend geringer einzustufen.

Der institutionelle Rahmen eines künftigen Vertrages über den EWR wird der Schweiz, vorausgesetzt, es werden echte gemeinsame Entscheidenvorbereitungs- und Beschlussfassungsmechanismen eingerichtet, andererseits erhöhte Mitgestaltungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten im europäischen Integrationsprozess bieten. Diese sind zwar bescheidener als im Falle des EG-Beitrittes, der Weg des EWR bringt dafür aber auch weniger grosse Änderungen im staats- und neutralitätspolitischen Bereich als der EG-Beitritt.

4. Für die Schweiz hat die Phase der formellen Verhandlungen vorangehenden exploratorischen Gespräche, erhebliche Bedeutung und sollte folgende Ziele haben:

- Gemeinsame Erarbeitung und Festlegung des zu übernehmenden "acquis communautaire" für die vier Freiheiten und die begleitenden Politiken und Massnahmen. Diese Erarbeitung beinhaltet einen detaillierten Vergleich zwischen "acquis communautaire" und schweizerischem Recht, um diejenigen Bereiche zu definieren, wo uns die Übernahme des "acquis communautaire" Schwierigkeiten bereiten könnte und deshalb Ausnahmeregelungen oder Übergangsbestimmungen ausgehandelt werden müssen. Am Ende dieser exploratorischen Phase sollten wir in der Lage sein, diejenigen Regeln zu bezeichnen, die übernommen würden und die Schwierigkeiten aufzuzeigen, die damit verbunden wären.

- 5 -

- Fortsetzung der Arbeiten zur Entscheidvorbereitung und Beschlussfassung auf der Suche nach einem Kompromiss, der die legitimen Interessen der EG und ihrer Mitgliedländer wie auch der EFTA-Staaten berücksichtigt. Nach Abschluss der exploratorischen Phase müssten sich realistische und glaubwürdige Lösungsansätze abzeichnen.